

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Karlheinz Busen, Frank Sitta, Dr. Gero Hocker,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/16484 –**

Waldbonus schaffen – CO₂ reduzieren

A. Problem

Für die Fraktion der FDP spielt der Wald eine entscheidende Rolle bei der Vermeidung und Kompensation von Treibhausgasen. Sie legt dar, dass ohne aktive Waldwirtschaft Deutschland derzeit schon jährlich rund 127 Millionen (Mio.) Tonnen (t) mehr an CO₂ emittiert würden, was 14 Prozent seines jährlichen CO₂-Ausstoßes entspräche. Die Fraktion der FDP erklärt, dass im Rahmen des Emissionshandelssystems der Europäischen Union (EU) der Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre bisher nicht berücksichtigt wird. Sie weist darauf hin, dass durch die Verordnung (EU) 2018/841 des Europäischen Parlaments (EP) und des Rates vom 30. Mai 2018 über die Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 und des Beschlusses Nr. 529/2013/EU (LULUCF-Verordnung) der Klimabeitrag von Wäldern durch die EU anerkannt wurde. Eine Honorierung der CO₂-Bindungsfunktion von Wäldern fehlt aus Sicht der Antragsteller jedoch weiterhin.

Mit dem Antrag auf Drucksache 19/16484 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, u. a. die Klimaschutzleistung der Wälder als Ergebnis einer aktiven Waldbewirtschaftung anzuerkennen. Eine aktive Waldbewirtschaftung wird nach Ansicht der Fraktion der FDP durch das nachhaltige Pflegen und Erneuern von Waldbeständen durch ihre Bewirtschafter erreicht unter Zuhilfenahme biologischer, chemischer und technischer Hilfsmittel. Ziel dieser Bewirtschaftung ist der Aufbau eines hohen Holzvorrats und die Produktion des Rohstoffes Holz. Zudem soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die Inwertsetzung der CO₂-Bindungsleistung der Wälder für Kohlendioxid in Deutschland voranzutreiben. Zukünftig muss nach Auffassung der Antragsteller sichergestellt werden, dass Deutschland über funktionierende Waldspeicher für CO₂ verfügt. Die aktive Waldbewirtschaftung stellt nach ihrer Ansicht eine wichtige Bedingung für den

Aufbau eines hohen Holzvorrates und damit für eine starke CO₂-Bindungsleistung dar.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/16484 abzulehnen.

Berlin, den 12. Februar 2020

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Alois Gerig
Vorsitzender und Berichterstatter

Dirk Wiese
Berichterstatter

Peter Felser
Berichterstatter

Karlheinz Busen
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Harald Ebner
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Alois Gerig, Dirk Wiese, Peter Felser, Karlheinz Busen, Dr. Kirsten Tackmann und Harald Ebner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 104. Sitzung am 16. Januar 2020 den Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 19/16484** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Digitale Agenda überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Für die Fraktion der FDP spielt der Wald eine entscheidende Rolle bei der Vermeidung und Kompensation von Treibhausgasen. Sie legt dar, dass ohne aktive Waldwirtschaft Deutschland derzeit schon jährlich rund 127 Millionen (Mio.) Tonnen (t) mehr an CO₂ emittiert würden, was 14 Prozent seines jährlichen CO₂-Ausstoßes entspräche. Die Antragsteller verweisen darauf, dass Wälder u. a. ein wichtiger Kohlenstoffspeicher sind, da sie das CO₂ im Holz und im Waldboden speichern. Die Fraktion der FDP weist darauf hin, dass der Entzug des CO₂ allerdings nur von Dauer bleibt, wenn das Holz dem natürlichen Prozess der Verrottung langfristig entzogen ist. Ist ein Baum abgestorben und bleibt das Holz im Wald, wird ihr zufolge ein Großteil des CO₂ wieder an die Atmosphäre abgegeben. Produkte aus Holz können je nach Lebensdauer große Mengen an Kohlenstoff speichern. Daher kann aus Sicht der Fraktion der FDP nur ein Wald, der aktiv naturnah bewirtschaftet wird, eine langfristige Nutzung der Senkenwirkung des Waldes und des Holzes garantieren.

Die Fraktion der FDP erklärt, dass im Rahmen des Emissionshandelssystems der Europäischen Union (EU) der Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre bisher nicht berücksichtigt wird. Sie weist darauf hin, dass durch die Verordnung (EU) 2018/841 des Europäischen Parlaments (EP) und des Rates vom 30. Mai 2018 über die Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 und des Beschlusses Nr. 529/2013/EU (LULUCF-Verordnung) der Klimabeitrag von Wäldern durch die EU anerkannt wurde. Eine Honorierung der CO₂-Bindungsfunktion von Wäldern fehlt aus Sicht der Antragsteller jedoch weiterhin.

Die Fraktion der FDP verweist darauf, dass langfristig auch nach Ansicht des EP Anreize geschaffen werden müssen, um die nachhaltige Waldbewirtschaftung trotz zunehmender klimatischer Risiken zu sichern. Deshalb ist für die Antragsteller ein aktiver CO₂-Entzug aus der Atmosphäre in die Klimapolitik zu integrieren und mit bestehenden Emissionshandelssystemen zu verknüpfen. Durch die Schaffung eines Bonussystems für den Entzug von CO₂ aus der Erdatmosphäre können aus Sicht der Fraktion der FDP Anreize für eine aktive Waldwirtschaft durch marktwirtschaftliche Mechanismen geschaffen werden.

Die Funktion der Kohlenstoffbindung in Wäldern und Holz ist für die Antragsteller die Klimaschutzleistung, die durch die Eigeninitiative vieler Waldbewirtschafteter bereitgestellt wird. Regelmäßig bewirtschaftete Wälder speichern nach Darstellung der Fraktion der FDP nachweislich mehr CO₂ als nutzungsfreie Wälder. Die zielgerichtete Waldpflege trägt für sie dazu bei, vielfältige Waldstrukturen zu erzeugen und das Wachstum in den Wäldern zu fördern. Langfristig müssen nach Ansicht der Fraktion der FDP durch die Pflanzung standortgerechter Bäume klimaplastische Wälder entstehen, um das Bestehen eines funktionierenden Waldspeichers sicherzustellen.

Mit dem Antrag auf Drucksache 19/16484 der Fraktion der FDP soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. die Klimaschutzleistung der Wälder als Ergebnis einer aktiven Waldbewirtschaftung anzuerkennen. Eine aktive Waldbewirtschaftung wird durch das nachhaltige Pflegen und Erneuern von Waldbeständen durch ihre Bewirtschafteter erreicht unter Zuhilfenahme biologischer, chemischer und technischer Hilfsmittel. Ziel dieser Bewirtschaftung ist der Aufbau eines hohen Holzvorrats und die Produktion des Rohstoffes Holz.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

2. die Inwertsetzung der CO₂-Bindungsleistung der Wälder für Kohlendioxid in Deutschland voranzutreiben. Zukünftig muss sichergestellt werden, dass Deutschland über funktionierende Waldspeicher für CO₂ verfügt. Die aktive Waldbewirtschaftung stellt eine wichtige Bedingung für den Aufbau eines hohen Holzvorrates und damit für eine starke CO₂-Bindungsleistung dar.
3. die bundesweite Ermittlung der Speicherkapazität und Speicherpotenziale der Wälder für CO₂ auf Basis der Verordnung (EU) 2018/841 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 und des Beschlusses Nr. 529/2013/EU (LULUCF-Verordnung) zu forcieren. Zur Ermittlung der Speicherkapazität und der Speicherpotenziale sind grundlegend die Daten der Bundeswaldinventuren und der betrieblichen Waldinventuren heranzuziehen und mit verfügbaren Wachstumsmodellen und Fernerkundungssystemen zu unterstützen. Weitere Waldspeicherpotenziale ergeben sich aus den Möglichkeiten, zusätzliche Flächen durch Aufforstung in den Waldspeicher zu integrieren.
4. einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Inwertsetzung der CO₂-Bindungsleistung von Wäldern und die Einführung einer Vergütung dieser Leistung vorsieht, nach Maßgabe, dass ein blockchainbasiertes digitales Zahlungssystem „Arbil“ (siehe BT-Drucksache 19/14039) als Vergütungssystem zunächst für in Deutschland befindliche CO₂-Waldspeicher zur Verfügung steht.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat in seiner 61. Sitzung am 12. Februar 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/16484 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 55. Sitzung am 12. Februar 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/16484 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Digitale Agenda** hat in seiner 49. Sitzung am 12. Februar 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/16484 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/16484 in seiner 47. Sitzung am 12. Februar 2020 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte, der Antrag der Fraktion der FDP sei inhaltlich nicht neu und in vielen Punkten schlecht gemacht. Die Fraktion der CDU/CSU wolle seit langem, dass die Ökosystemleistungen im Wald honoriert würden. Diese gute Möglichkeit bestehe jetzt. Das im Antrag der Fraktion der FDP geforderte Monitoring sei bereits aufgebaut und werde laufend dem Stand der Technik angepasst. Das Prinzip „Schützen durch Nutzen“ beim Wald werde auch von der Fraktion der CDU/CSU für richtig erachtet, weil gewusst werde, dass es unter Umweltaspekten das Beste sei, was für die Wälder getan werden könne. Die verschiedenen unterstützenden Maßnahmen der Bundesregierung für die Kleinwaldbesitzer, die von Seiten der Fraktion der CDU/CSU angeregt worden seien, seien sehr wichtig. Das Thema Wald müsse fraktionsübergreifend angegangen werden. Hierbei dürften sich keine „Schnellschüsse“ geleistet werden. Der Klein- und Kleinstprivatwald befinde sich gerade in einer äußerst prekären Situation. 48 Prozent des Waldes in Deutschland seien Privatwald. Es werde jetzt eine breitgefächerte Diskussion gebraucht, wie es mit dem Ökosystem Wald weitergehe. Es sei der richtige Moment,

über die ökologischen Leistungen des Waldes zu reden. Die Waldeigentümer und Waldbesitzer seien längst weiter, als den Wald nur in einer Wirtschaftsfunktion zu sehen. Sie sähen ihre Aufgaben und nähmen ihre Verantwortung in der Gesellschaft wahr. Es müsse eine breite Diskussion geführt werden, wie zusätzliche Gelder für die Unterstützung des Waldes generiert werden könnten. Eine Möglichkeit wäre die Verwendung von Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung, die in Deutschland zukünftig 25 Euro je Tonne CO₂ betragen werde. Bezogen auf die derzeitigen nationalen Emissionen Deutschlands von jährlich 800 Millionen (Mio.) Tonnen (t) CO₂ werde theoretisch von einer Summe von 20 Milliarden (Mrd.) Euro gesprochen. Selbst wenn nur zehn Prozent dieser Summe in Ansatz gebracht würde, stünden rund zwei Mrd. Euro für den Wald zur Verfügung. Das würde für die Waldbewirtschaftung bedeuten, dass 160 bis 180 Euro je Hektar (ha) Wald zur Verfügung stünden. Damit könnten die gesamten wirtschaftlichen Leistungen sowie die Ökosystemleistungen des Waldes abgegolten werden.

Die **Fraktion der SPD** begrüßte, dass momentan an vielen Stellen darüber diskutiert werde, wie die Inwertsetzung einer CO₂-Speicherleistung gerade im Kontext der Wälder angegangen werden sollte. Der Antrag der Fraktion der FDP enthalte nichts Neues, sondern sei einer von vielen Debattenbeiträgen, wenn auch wenig substantiell. Es gebe aus den Ländern - u. a. aus Rheinland-Pfalz - wie auch von diversen Verbänden hierzu verschiedene Vorschläge, die sich im Detail angeschaut werden müssten. Ein rein marktwirtschaftliches Instrument, wie es von der Fraktion der FDP vorgeschlagen werde, könnte in Kalamitätszeiten dazu führen, dass möglicherweise ins Defizit hineingegangen werde. Solche Fragen seien bereits im Rahmen des Nationalen Waldgipfels am 25. September 2019 besprochen und dabei Gegenargumente angeführt worden. Diese Dinge kämen im Antrag der Fraktion der FDP nicht vor. Die Inwertsetzung der CO₂-Speicherung im Wald müsse, wie von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN richtig angemerkt, in einer Gesamtschau der Ökosystemdienstleistungen Wald diskutiert werden. Die Fraktion der SPD habe den Eindruck, dass bei der Fraktion der FDP im Umgang mit dem Wald derzeit eine Orientierungslosigkeit in einigen Punkten bestehe, weil kein Austausch mit der FDP in den Ländern stattfinde. Das zeige sich u. a. darin, dass die in der sog. Wald-Erklärung aus Rheinland-Pfalz gemachten Vorschläge, u. a. einen Wald-Klima-Fonds bzw. einen Wald-Zukunftsfonds einzurichten, von der dortigen FDP mit auf den Weg gebracht worden seien. Dabei werde davon gesprochen, dass die Inwertsetzung an bestimmte Kriterien gekoppelt werden müsste. Es gebe zudem Vorschläge aus Nordrhein-Westfalen und aus Mecklenburg-Vorpommern. Die Diskussion müsse geführt werden. Es sollte aber nicht ein rein marktwirtschaftliches Vergütungssystem gelobt werden, ohne dessen mögliche Nachteile und Defizite auszuklammern. Es sei jetzt wichtig, dazu beizutragen, dass der Wald unterstützt werde. Daher seien die von Bundesregierung auf den Weg gebrachten Hilfgelder wichtig, damit die privaten Klein- und Kleinstwaldbesitzer die Lust am Wald behielten. Das sei der entscheidende Punkt.

Die **Fraktion der AfD** bemerkte, dass alle Fraktionen dem Wald helfen wollten. Der Wald sei einer der wichtigsten Möglichkeiten, um CO₂ dauerhaft in Form von Holz zu binden. Der Wald sei ein unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor sowohl für die Tier- als auch für die Pflanzenwelt. Die Grundidee des Antrages der Fraktion der FDP sei in der Grundidee teilweise zu befürworten. Die Fraktion der AfD habe „große Kopfschmerzen“, was die enorme bürokratische Ausweitung des Antrages in dessen Folge für jeden Waldbesitzer ergebe. Nicht unerheblich sei auch der unverkennbare monetäre Aufwand für die forstliche Einrichtung der Forstbestände.

Die **Fraktion der FDP** legte dar, seit Jahrzehnten werde der Wald als „Stiefkind der Nation“ behandelt, aber mittlerweile wisse jeder Bescheid, wie es um den Wald stehe. Deswegen wolle die Fraktion der FDP für den Wald als CO₂-Speicher eine Honorierung. Dazu habe sie ihren Antrag vorgelegt, der an marktwirtschaftlichen Vergütungssystemen orientiert sei und Anreize schaffe, den Wald in Zukunft besser bewirtschaften und erhalten zu können. Bewirtschaftete Wälder speicherten nachweislich mehr CO₂ als stillgelegte Wälder. Der Waldumbau und die Waldbewirtschaftung seien praktizierter Klimaschutz. Dafür setzten sich viele Waldeigentümer und Waldbesitzer Tag für Tag ein. Das müsse honoriert werden, weil die Waldeigentümer mit ihrem Waldeigentum Geld verdienen müssten. Sie seien Unternehmer. Nur durch den Erhalt ihres Eigentums sei auch ihre Motivation in Bezug auf die Bewirtschaftung ihrer Wälder gesichert. Heute profitiere Deutschland von intakten Wäldern und CO₂-Waldspeichern. Damit müsse aber auch die Eigeninitiative und der Weitblick vieler Waldeigentümer belohnt werden. Im Emissionshandelssystem der Europäischen Union (EU) fehle bisher jede angemessene Honorierung für die Waldfunktion. Zukünftig sei es aber notwendig, dass die Speicherleistung der Wälder über Emissionszertifikate gutgeschrieben werde. Die aktive Waldbewirtschaftung sei der Schlüssel für den Erhalt des ländlichen Raumes. Hinter den Waldbesitzern stehe eine Branche (Cluster Forst und Holz) mit 1,1 Mio. Beschäftigten, 180 Mrd. Euro Jahresumsatz und 55 Mrd. Euro Wertschöpfung. Davon profitiere insbesondere der ländliche

Raum. Die marktwirtschaftliche Vergütung der Klimaschutzleistung der Wälder werde damit immer notwendiger. Die Waldbesitzer brauchten schnellstmöglich eine praktikable Lösung.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, die Debatte, wie Ökosystemdienstleistungen zur Einkommensgenerierung für die Menschen, welche Flächen bewirtschafteten, führen könnten, werde derzeit im Rahmen der Diskussion zur Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2020 geführt. Die deutsche Debatte stehe hier noch weit hinten an, wogegen in den anderen Mitgliedstaaten der EU darüber intensiver diskutiert werde. Die Politik stehe in der Verantwortung, nicht nur beim Wald, sondern auch auf den Ackerflächen und auf den Wiesen dafür Sorge zu tragen, dass das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ zum Tragen komme. Beim Wald müsse diskutiert werden, was von Artikel 14 Grundgesetz (GG), d. h. das Eigentum verpflichte und zum Gemeinwohl verwendet werden müsse, gedeckt sei. Andererseits müsse auch fair mit den Dingen umgegangen werden, die geleistet würden. Angesichts dieser Debatte und des Ökosystems Wald sei der Antrag der Fraktion der FDP bestenfalls „unterkomplex“. In ihm werde der Klimaschutz erneut dazu instrumentalisiert, um „billigen Lobbyismus“ zu betreiben. Die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer hätten einen solchen nicht verdient, weil sie hart arbeiteten und viele Dinge auf den Weg brächten. Die Debatten seien viel weiter als das, was von der Fraktion der FDP auf den Wirtschaftswald reduziert werde. Deren Aussage, dass jeder bewirtschaftete Wald stets der Waldfunktion entspreche, sei abenteuerlich, weil damit von ihr negiert werde, welche Fehler in der Vergangenheit gemacht worden seien. Die Diskussion über Ökosystemdienstleistungen beim Wald sei wichtig. Allerdings versuche die Fraktion der FDP diese Diskussion zu instrumentalisieren und sie auf eine technokratische Ebene zu heben. Eine ausschließlich marktwirtschaftliche Bewertung sei zu kurz gesprungen. Die Fraktion DIE LINKE. pflichte der Fraktion der SPD bei, dass die eigentlichen Probleme, die von der Politik im Moment zu lösen seien, die Klein- und Kleinstwaldbesitzer seien, weil sie vor der Frage stünden, ob sie sich den Wald noch leisten könnten und ihn ggf. verkaufen sollten, weil er demnächst nichts mehr wert sei.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN** kritisierte, der Antrag der Fraktion der FDP weise erschreckenderweise eine rein technische Betrachtung des Waldes auf. Er werde sowohl dem hiesigen Wald als auch den Wäldern weltweit damit nicht gerecht. Die Fraktion FDP sehe den Wald nur als „Holzlager“ an. Die Multifunktionalität des Waldes scheine ein Fremdwort für die Fraktion der FDP zu sein. Die Fraktion der FDP drücke sich hierbei um die Frage, woher die Gelder für die CO₂-Vergütung kommen sollten, zumal sie gleichzeitig die Steuern in Deutschland senken wolle. Das passe nicht zusammen. Unausgegoren sei bei solchen Systemen, wie sie von der Fraktion der FDP vorgeschlagen würden, was passiere, wenn das Holz geerntet werde. Dann müsse sich der Debatte gestellt werden, wie die Vergütung der CO₂-Bindungsleistung im Holz richtig bilanziert werden sollte. Darauf habe heute noch keiner eine Antwort. Es gebe hierzu verschiedene Modelle, u. a. aus Rheinland-Pfalz, die vorgeschlagen worden seien. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädiere dafür, alle Vorschläge zusammenzutragen, um dann überprüfen lassen zu können, ob solche Modelle realistisch bzw. machbar seien. Die Ökosystemfunktionen im Wald spielten für die Fraktion FDP offensichtlich keine Rolle, außer wenn sie als Argument gegen die Windkraft herzunehmen seien. Das nationale Biodiversitätsziel von fünf Prozent Wald ohne Nutzung wolle die Fraktion der FDP faktisch „in den Orkus kippen“. Mit ihrer Forderung, Wälder ohne Nutzung wieder einer Bewirtschaftung zuzuführen, negiere sie, dass viele seltene Arten auf diese Lebensräume angewiesen seien. Vor diesem Hintergrund frage sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ob die Fraktion der FDP „irgendeine Ahnung“ davon habe, was Wald wirklich sei. Es sei grundsätzlich falsch, Klimaschutz gegen Biodiversität auszuspielen. Deutschland sollte in der Lage sein, beides zu tun. Der Antrag der Fraktion der FDP sei von erschreckender Unkenntnis über ökologische Zusammenhänge geprägt und völlig unausgegoren.

2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/16484 abzulehnen.

Berlin, den 12. Februar 2020

Alois Gerig
Berichterstatter

Dirk Wiese
Berichterstatter

Peter Felser
Berichterstatter

Karlheinz Busen
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Harald Ebner
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.